

An alle Tarifbeschäftigten im KV Heinsberg:

Streik am Mittwoch in Köln

Am Mittwoch, 25. März 2015 findet in Köln erneut ein Warnstreik statt.

Wie bei den letzten Warnstreiks schon praktiziert organisieren wir vom GEW-Kreisverband Heinsberg aus wieder die gemeinsame Hin- und Rückfahrt mit der Bahn per Gruppenfahrtschein von Geilenkirchen aus.

Ihr könnt natürlich auch an jeder Zwischenstation zusteigen!

Hier die Fahrzeiten der Hinfahrt zum Zusteigen:

Bahnhof/Haltestelle	Datum	Zeit	Gleis
Geilenkirchen	Mi, 25.03.15	ab 09:01	2
Lindern		ab 09:08	3
Brachelen		ab 09:10	1
Baal		ab 09:14	1
Erkelenz		ab 09:19	2
Rheydt		ab 09:30	2

Die gemeinsame Rückfahrt findet nach Absprache vor Ort statt.

Wer mitfahren möchte muss sich unbedingt bis zum Dienstag, 24. März, 20 Uhr verbindlich bei mir melden, damit ich entsprechende Gruppenfahrtscheine besorgen kann!

Die Arbeitgeber haben auch in der dritten Verhandlungsrunde kein Angebot zur Gehaltserhöhung vorlegt. In der Frage der VBL-Renten bestehen die Arbeitgeber weiterhin auf Eingriffen ins Leistungsrecht. Zur Lehrkräfte-Entgeltordnung hat die TdL ein umfangreiches Papier vorgelegt, das jedoch keinen Einstieg in die Paralleltabelle vorsieht, mit der die Ungerechtigkeiten bei der Bezahlung angestellter Lehrkräfte zumindest teilweise behoben würden. Die GEW hat erklärt, dass sie sich diese Kernforderung nicht durch die Erfüllung kleiner Einzelpunkte abkaufen lassen wird.

Mit kampfeslustigen Grüßen

Klaus Zweschper

<mailto:Klaus.Zweschper@online.de>

02436-380933



**Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft
– Kreisverband Heinsberg –**

Streiks ausweiten - Blockade brechen!

„Die Gewerkschaften werden ihre Streiks in der nächsten Woche ausweiten“. Das hat Andreas Gehrke, Verhandlungsführer der GEW, nach der dritten Verhandlungsrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder angekündigt. „Wir wollen die Blockade der Arbeitgeber brechen.“

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hatte auch in der dritten Runde kein verhandlungsfähiges Gesamtangebot vorlegt. Danach hatten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften darauf verständigt, die Verhandlungen zu unterbrechen, und vereinbarten für den 28. März einen neuen Verhandlungstermin. Damit sind die zentralen Fragen nach einer Gehaltserhöhung, einer Entgeltordnung für Lehrkräfte (L-EGO) und der Zukunft der Zusatzversorgung der Beschäftigten weiter offen.

Grundsätzliche Ungerechtigkeiten nicht gelöst

„Die TdL sollte die Chance nutzen, gemeinsam mit der GEW den Einstieg in einen Tarifvertrag für 200.000 angestellte Lehrkräfte zu gestalten und damit einen historischen Schritt zu gehen. Heute haben die Arbeitgeber versucht, der GEW ihre Hauptforderung nach einer Aufwertung angestellter Lehrkräfte nach dem System A 12 = Entgeltgruppe (E) 12, A 11 = E 11, A 10 = E10, der sog. Paralleltabelle, durch das Angebot mehrerer kleiner Einzelpunkte abzukaufen. Damit werden die grundsätzlichen Probleme und Ungerechtigkeiten jedoch nicht gelöst. Deshalb wollen wir über den Einstieg in die Paralleltabelle verhandeln. Wir akzeptieren nicht, dass die TdL das Thema zum Tabu erklärt“, sagte Gehrke. Zudem stellte er die Kostenberechnung des Arbeitgeberangebots in Frage und verlangte eine Erläuterung.

In der kommenden Woche wird es weitere Warnstreiks in Nordrhein-Westfalen geben

Die GEW ist den Arbeitgebern bei der Lehrkräfteentgeltordnung schon sehr weit entgegen gekommen: Wir haben ihre Vorbedingung erfüllt, die Entgeltordnung an die Beamtenbesoldung anzubinden. Jetzt müssen die Arbeitgeber im Gegenzug Bereitschaft zeigen, über die Paralleltabelle zu verhandeln. Die Paralleltabelle ist die Konsequenz aus der Anbindung der Entgeltordnung an die Beamtenbesoldung. Nur so kann die Schieflage bei der Zuordnung der Entgeltgruppen zu den Besoldungsgruppen endlich beseitigt werden.

Kein Tarifvertrag um jeden Preis

Gehrke machte deutlich, dass ein Tarifvertrag für die Lehrkräfte Verbesserungen bringen müsse - auch mit Blick auf die Bezahlung. „Einen Tarifvertrag um jeden Preis wird es mit der GEW nicht geben“, betonte Gehrke. Der GEW-Verhandlungsführer stellte klar, dass die Gewerkschaften keine Eingriffe in die Leistungen der Zusatzversorgung der Beschäftigten zulassen werden.

17. März 2015